

Mit der Verabschiedung der Pekinger Aktionsplattform hat die Weltgemeinschaft vor 25 Jahren auf der 4. Weltfrauenkonferenz ein starkes Zeichen zur Stärkung der Rechte von Mädchen und Frauen gesetzt. Aber es braucht noch 257 Jahre¹ bis Gleichberechtigung weltweit erreicht wäre, wenn die Staatengemeinschaft jetzt nicht ihre Anstrengungen erhöht. Das Jubiläumsjahr 2020 ist Anlass und Ansporn, sich gemeinsam mit Nachdruck für die Rechte von Mädchen und Frauen einzusetzen.

Was ist das Problem?

Weltweit gehen 130 Millionen Mädchen nicht zur Schule. 650 Millionen aller Mädchen und Frauen wurden vor ihrem 18. Geburtstag verheiratet. Nur zwei Prozent der Abgeordneten aller Parlamente weltweit sind unter 30 Jahren, nur 24 Prozent sind Frauen.² Gleichberechtigung sieht anders aus. Diskriminierung trifft Mädchen und Frauen aller Altersgruppen, aller sozialen und ökonomischen Schichten, weltweit in friedlichen wie Krisenzeiten. In vielen Ländern sind es jedoch oft Mädchen und junge Frauen, die aufgrund von unterschiedlichen Merkmalen wie Geschlecht, Alter und soziökonomischem Status mehrfach diskriminiert sind. Alle Formen von Diskriminierung haben jedoch einen gemeinsamen Nenner: ungleiche Machtstrukturen.

¹ World Economic Forum (2019): Global Gender Gap Report 2020: http://www3.weforum.org/docs/WEF_GGGR_2020.pdf

Politische Partizipation

Mädchen und junge Frauen werden oftmals nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft betrachtet. Damit werden sie in doppelter Weise diskriminiert: aufgrund ihres Geschlechts und aufgrund ihres Alters. Zusätzlich wirken oft weitere Faktoren der Benachteiligung wie Armut, soziale Ungleichheit oder die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnizität oder Klasse in der Gesellschaft oder die sexuelle Orientierung. Ihnen wird damit nicht nur die Möglichkeit genommen, ihre Meinung frei zu äußern, sie haben auch keine Mitsprache bei Entscheidungen, die ihr eigenes Leben betreffen, weder im privaten, noch im öffentlichen Leben. In vielen Familien, Gemeinwesen sowie in Politik und Wirtschaft sind Machtpositionen fast ausschließlich von Männern besetzt.

Sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte

Mädchen und junge Frauen können häufig nicht frei von Zwang und Gewalt über den eignen Körper und die eigene Sexualität bestimmen. Wann, mit wem und viele Kinder sie bekommen wird oft von anderen entschieden. Komplikationen während der Schwangerschaft und Geburt sind eine der häufigsten Todesursachen für Mädchen und junge Frauen zwischen 15 und 19 Jahren in Entwicklungsländern. Aufgrund von fehlendem Zugang zu Aufklärung und Verhütung können sie sich nur unzureichend vor Geschlechtskrankheiten schützen. Auch Aids zählt zu einer der häufigsten Todesursachen in dieser Altersgruppe. Mehr als 200 Millionen Mädchen und Frauen sind weltweit von Genitalverstümmelung betroffen und leiden ihr Leben lang an seelischen und körperlichen Folgen dieser massiven Menschenrechtsverletzung.

² <https://www.unwomen.org/en/what-we-do/leadership-and-political-participation/facts-and-figures>

Wirtschaftliche Stärkung

Mädchen und junge Frauen haben meist nicht die gleichen wirtschaftlichen Chancen. In Zahlen ausgedrückt heißt das, dass die Arbeitslosenquote unter jungen Frauen fast doppelt so hoch ist wie bei jungen Männern³, sie nicht frei in ihrer Berufswahl sind, schlechtere Karrierechancen haben und gefährdeter sind, Opfer ausbeuterischer Arbeitsbedingungen und (sexualisierter) Gewalt am Arbeitsplatz zu werden.

Gleichzeitig tragen Mädchen und Frauen den Großteil der Last unbezahlter Haus- und Pflegearbeit sowie der Feldarbeit in landwirtschaftlich orientierten Gebieten und bilden damit das Rückgrat jeder Volkswirtschaft. Laut Berechnungen der Internationalen Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen würde unbezahlte Haus- und Pflegearbeit neun Prozent oder 11 Billionen US-Dollar des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachen, würden sie in die Berechnungen einbezogen.⁴

Flucht und Migration

Flucht und Migration verstärken oft die Diskriminierung von Mädchen und jungen Frauen. Es kommt zu einem höheren Maß an geschlechtsspezifischer Gewalt, Ausschluss von lebensrettenden Maßnahmen und Entscheidungsprozessen. Jugendliche Mädchen sind aufgrund ihres Geschlechts und ihres Alters besonderen Risiken ausgesetzt. Dazu gehören vor allem sexuelle und geschlechtsspezifische Gewalt sowie Früh- und Zwangsheirat.

Pekinger Aktionsplattform

Die Pekinger Aktionsplattform wurde 1995 zum Abschluss der 4. Weltfrauenkonferenz verabschiedet. Sie umfasst strategische Ziele und Maßnahmen, um die Gleichstellung von Mädchen und Frauen in zwölf Bereichen voran zu treiben. Diese reichen von Bildung über Gesundheit, Wirtschaft, Medien und Politik bis hin zu Gewalt gegen Frauen und zur Situation in bewaffneten Konflikten.

Im 25. Jahr der Pekinger Aktionsplattform wird deren Umsetzungsstand überprüft. Alle Staaten waren im Jahr 2019 aufgefordert, Prüfungsberichte zu erstellen, die zusammen mit Alternativberichten der Zivilgesellschaft ausgewertet wurden. Ziel ist es, unter Federführung der Vereinten Nationen (UN Women) eine Agenda mit konkreten Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter bis 2030 zu formulieren. Hierfür wurden sechs „thematische Aktionskoalitionen“ ins Leben gerufen:

1. Geschlechtsbasierte Gewalt
2. Wirtschaftliche Gerechtigkeit und Rechte
3. Körperliche Autonomie sowie sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte
4. Feministisches Handeln für Klimagerechtigkeit
5. Technologie und Innovation für die Gleichstellung der Geschlechter
6. Feministische Bewegungen und Führung

Regierungen, Zivilgesellschaft und Privatsektor sollen sich gemeinsam im Rahmen dieser Koalitionen zu konkreten Maßnahmen für Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen in den nächsten fünf Jahren verpflichten.

Warum ist das wichtig? Warum jetzt?

2020 ist ein wichtiges Jahr für Gleichberechtigung, nicht nur wegen des 25. Jubiläums der Pekinger Aktionsplattform und 5 Jahre Agenda 2030. Gleichberechtigung ist das Zukunftsthema und entscheidend für nachhaltige Entwicklung weltweit, egal ob es um wirtschaftliches Wachstum, Klimaschutz oder Digitalisierung geht.

Wir von Plan International sind der Überzeugung, dass Gleichberechtigung unabdingbare Voraussetzung ist, um alle VN-Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 zu erreichen. Allein der gleichberechtigte Zugang zu Bildung senkt das Armutsrisiko, verbessert die Mütter- und Kindergesundheit, vermeidet frühe und ungewollte Schwangerschaften, bremst das Bevölkerungswachstum und fördert wirtschaftliche Entwicklung. Alle, auch Jungen und Männer, profitieren von einer gleichberechtigten Gesellschaft. Letztendlich sind auch sie geschlechterspezifischen Normen und Erwartungen ausgesetzt, die sie in ihrer freien Lebensgestaltung und Entwicklung einschränken.

Mädchen und jungen Frauen sind lange genug grundlegende Rechte und gleichberechtigte Chancen verwehrt geblieben. Jetzt ist es an der Zeit, das zu ändern. Das Jahr 2020 bietet vielfältige nationale und internationale Prozesse und Jubiläen, um unseren Einsatz für Gleichberechtigung zu bündeln, zu verstärken und dem Zurückdrängen bereits erreichter Fortschritte entschieden entgegenzutreten.

³ [ILO \(2017\): World Employment Social Outlook 2017.](#)

⁴ [ILO \(2018\): Care Work and Care Jobs for the Future of Decent Work.](#)

Was tut Plan International?

Wir von Plan International setzen uns dafür ein, dass Mädchen und junge Frauen gleichberechtigt, frei von geschlechterspezifischen Diskriminierungen und mit den gleichen Chancen ihr Leben selbstbestimmt gestalten können.

Unsere Strategien, Programme und Projekte zielen darauf ab, die Lebensbedingungen von Mädchen und jungen Frauen zu verbessern und gleichzeitig ungleiche Machtverhältnisse und die gesellschaftliche Stellung von Mädchen und Frauen langfristig zu verändern. Dazu stellen wir geschlechts- und altersspezifische Werte und Normen in Frage, stärken Mädchen und junge Frauen, ihre Rechte einzufordern und arbeiten mit ihrem Umfeld zusammen. Hierbei sind insbesondere auch Jungen und Männer für uns wichtige Partner. Denn nur gemeinsam kann ein grundlegender Systemwandel erreicht werden.

Auch mit unserer Kampagne Girls Get Equal stellen wir Mädchen und junge Frauen ins Zentrum unserer Arbeit. Damit wollen wir unterstreichen, dass für Gleichberechtigung diskriminierende und ausgrenzende Normen, Überzeugungen sowie gesellschaftliche und politische Strukturen überwunden werden müssen.

Wir befragen in unseren Programmländern junge Frauen, wie sie die Umsetzung der Pekinger Aktionsplattform erleben. Ihre Erfahrungen und Vorschläge werden wir gemeinsam in die internationalen und nationalen Prozesse einbringen und Gehör verschaffen. Mit dem „Girls Get Equal Live“ Summit in Berlin diskutieren wir im Oktober 2020 zum internationalen Weltmädchentag mit Mädchen und jungen Frauen, wie Gleichberechtigung auch digital erreicht werden kann und was Digitalisierung für das eigene politische Engagement deutet.

Unsere Forderungen

Gleichberechtigung muss ein politisches und gesellschaftliches Kernanliegen sein. Nur so kann das grundlegende Prinzip der Agenda 2030, niemanden zurück zu lassen, verwirklicht werden. Deshalb fordern wir die Bundesregierung im Rahmen ihres internationalen Engagements des Beijing+25-Prozesses und darüber hinaus dazu auf:

1. eine feministische Entwicklungs- und Außenpolitik zur Grundlage allen internationalen Handelns zu machen. Gleichberechtigung ist Voraussetzung dafür, Armut zu bekämpfen. Die Stärkung insbesondere auch der Rechte von Mädchen und jungen Frauen gehört ins Zentrum deutscher entwicklungs- und Außenpolitik.

2. Gleichberechtigung zum Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Nur wenn Projekte, Programme und Positionierungen auf die Veränderung von Werten und Normen zielen, die Ungleichheit und patriarchale Machtstrukturen begründen, haben Mädchen und junge Frauen die Chance auf wirkliche soziale, politische und ökonomische Teilhabe. Wir fordern, dass der **gendertransformative Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt wird.**

3. eine hochrangige Beteiligung der Bundesregierung beim Generation Equality Forum in Paris zu gewährleisten, um das Engagement der Bundesregierung für Gleichberechtigung zu stärken.

4. sich explizit für politische Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen stark zu machen. Das Jahr 2020 sollte der Auftakt sein, damit politische Teilhabe von jungen Menschen bis zum Y7 unter deutscher G7 Präsidentschaft 2022 institutionalisiert und ausreichend finanziert ist. Nur so können sich junge Menschen, insbesondere Mädchen und Frauen, vernetzen und sich mit ihren Forderungen bei den Staats- und Regierungschefinnen und -chefs Gehör verschaffen.

5. ihre Zusagen für sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte umzusetzen und auszubauen. Hierbei gilt es, einen Fokus auf jugendfreundliche Leistungen und Informationen, insbesondere für Mädchen und junge Frauen, zu legen und sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte in das Portfolio der deutschen humanitären Hilfe als lebensrettende Maßnahme aufzunehmen.

6. in den Prozessen zur Einhaltung von Menschenrechten in internationalen Lieferketten einen besonderen Fokus auf Mädchen und junge Frauen zu legen.

7. Gleichberechtigung zu einem Schwerpunkt der Agenda für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 zu machen. Deutschland muss zudem sicherstellen, dass dem neuen EU-Genderaktionsplan III ein gendertransformativer Ansatz zu Grunde liegt. Hierbei müssen explizit die besondere Situation und die Bedürfnisse von Mädchen und jungen Frauen berücksichtigt werden.

9. ausreichend finanzielle Mittel für Gleichberechtigung bereitzustellen. 85 Prozent der öffentlich geförderten entwicklungspolitischen Projekte und Programme müssen Geschlechtergerechtigkeit im Nebenziel fördern (GG1-Kennung) und perspektivisch 20 Prozent explizit auf die Stärkung der Rechte von Mädchen und Frauen ausgerichtet sein (GG2-Kennung). Zudem sollte die Bundesregierung Genderbudgeting nicht nur in Partnerländern als Teil von guter Regierungsführung unterstützen, sondern selbst bei der Erstellung des Bundeshaushalts anwenden.

Unsere Positionen bei Plan

Unsere Positionen und Forderungen zu unseren Schwerpunkten haben wir in einzelnen Positionspapieren zusammengefasst:

- [Kinderrechte](#)
- [Sexuelle und reproduktive Rechte](#)
- [Hochwertige Bildung](#)
- [Gleichberechtigung](#)
- [Politische Teilhabe](#)
- [Entwicklungsfinanzierung](#)
- [Wirtschaftliche Stärkung](#)



Gibt Kindern eine Chance

**Plan International
Deutschland e.V.**
Sonja Birnbaum
Leiterin Repräsentanz Berlin
Stresemannstraße 72
10963 Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 22 35 27 13
Fax: +49 (0)30- / 22 35 27 14
E-Mail: sonja.birnbaum@plan.de
www.plan.de
www.facebook.com/planDeutschland
www.twitter.com/PlanGermany